

XIX. GP.-NR

1753
1995-07-14

/J

ANFRAGE

der Abgeordneten Böhacker, Rosenstingl, Rossmann, Haigermoser, Aumayr
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Abschaffung der Getränkesteuer und gleichzeitigem Ersatz über den
Finanzausgleich zugunsten der Gemeinden

Der Entschließungsantrag 269 A (E) der Abgeordneten Rossmann, Böhacker, Haigermoser und Kollegen betreffend Abschaffung der Getränkesteuer wurde zur dringlichen Anfrage betreffend "Steuerpolitik gefährdet Wirtschaft" als unselbständiger Antrag mit dem Spruch eingebracht: "Die Bundesregierung wird aufgefordert, ehestmöglich den Gemeinden bei gleichzeitigem und aufkommensadäquatem Ersatz über den Finanzausgleich die Ermächtigung zur Erhebung von Getränkesteuer zu entziehen." In der Begründung des oben zitierten Entschließungsantrages ist unter anderem angeführt, daß es sich bei der Getränkesteuer um eine ausschließliche Gemeindeabgabe handelt, wobei der Bundesgesetzgeber insofern einen Einfluß auf Erhebung dieser Abgabe hat, als er gem. § 14 Abs. 1 Z 8 FAG i.V.m. § 7 Abs. 5 FVG die Gemeinden zur Erhebung einer Getränkesteuer ermächtigen kann.

Bei der Fragestunde am 12. Juli 1995 behaupteten Sie sinngemäß, daß die Freiheitliche Fraktion den mit der Abschaffung der Getränkesteuer verbundenen Einnahmenausfall der Gemeinden nicht ausgleichen wollten und verweisen dabei auf Aussagen Freiheitlicher Nationalratsabgeordneter zur dringlichen Anfrage "Steuerpolitik gefährdet Wirtschaft" vom 22.06.1995. Die Einsicht in die parlamentarischen Protokolle ergab keinerlei Hinweise auf die von Ihnen behauptete Benachteiligung der Gemeinden durch den Freiheitlichen Entschließungsantrag, zumal dieser bei Abschaffung der Getränkesteuer in eindeutiger Weise einen entsprechenden Finanzausgleich zu Gunsten der Gemeinden voraussetzt.

Aus gegebenem Anlaß stellen daher die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A N F R A G E

- 1.) Welchem Entschließungsantrag oder sonstigen parlamentarischen Initiativen der Freiheitlichen entnehmen Sie Ihre Behauptung, daß die Freiheitlichen bei Abschaffung der Getränkesteuer keinen Ausgleich zugunsten der Gemeinden über den Finanzausgleich vorsehen ?
- 2.) Für den Fall, daß Sie die Freiheitliche Abgeordnete Aumayr zitieren, die auf den Zwischenruf der ÖVP, wie sie die Getränkesteuer kompensiere, sinngemäß antwortete, daß dies Aufgabe der Regierung sei, ergibt sich allenfalls folgende Frage: Warum interpretieren Sie eindeutige Anträge der Freiheitlichen Opposition derart, daß aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen zum Zweck der Herabsetzung der Opposition ein höherer Stellenwert beigemessen wird, als die zugrundeliegenden Anträge selbst ?
- 3.) Welche Freiheitlichen Nationalratsabgeordneten haben gefordert, keine von den Kommunen finanzierte und erhalten Kindergärten, Kinderspielplätze, Sporteinrichtungen etc. haben zu wollen, wie Sie es bei der Debatte zur dringlichen Anfrage vom 22.06.1995 behaupteten ?